FS1NEU Freiheit sichern - Polizei demokratisieren!

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 06 Schwerpunkt Innenpolitik: Freiheit sichern!

1 Auch in Bayern konnten zuletzt Gesetzesverschärfungen und eine Autoritarisierung
2 der Innenpolitik beobachtet werden. In einer Welt, die zumindest gefühlt immer
3 komplizierter wird, versuchen vor allem konservative und nationalistische
4 Parteien, allen voran die CSU, mit möglichst einfachen Forderungen das
5 „Sicherheitsgefühl“ der Bevölkerung wiederherzustellen. Immer weitere
6 "Sicherheitsgesetze" in engen Abständen schaffen jedoch nicht mehr Sicherheit,
7 sondern sind nur Aktionismus und schüren die Ängste vor Kriminalität und
8 Terrorismus. Das jüngste dieser Gesetzesvorhaben ist das neue bayerische
9 Polizeiaufgabengesetz, das die CSU zurzeit vorantreibt. Die GRÜNE JUGEND Bayern
10 dagegen setzt sich für eine demokratische und bürger*innennahe Polizei ein.

11 Bürger*innennahe Polizei statt Polizeiwillkür!

12 Wir wollen eine Polizei, die Grund- und Bürger*innenrechte achtet. Als
13 Inhaber*innen der staatlichen Gewalt müssen sich alle Polizist*innen ihrer
14 Verantwortung bewusst sein. In diesem Zusammenhang muss vor allem die Kontrolle
15 der Polizei gestärkt werden, um einen Machtmissbrauch durch Polizist*innen
16 wirkungsvoll ausschließen zu können. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert die
17 Einführung eines*r unabhängigen Polizeibeauftragte*n, die*r an den bayerischen
18 Landtag angegliedert werden soll. Ihm*r soll eine unabhängige Behörde
19 unterstellt werden, die landesweit für alle Ermittlungen zuständig ist, bei
20 denen Polizist*innen unter dem Verdacht stehen, Straftaten begangen zu haben. Um
21 insbesondere bei Großeinsätzen eine nachträgliche Identifizierung von
22 Polizist*innen zu ermöglichen, müssen alle Polizeibeamt*innen mit einer anonymen
23 Nummernkennzeichnung - auf Wunsch auch mit Namen - ausgestattet werden.

24 In den letzten Jahren wurde die Polizei mit immer weitreichenderen Befugnissen
25 ausgestattet. Einsatzschwellen wurden gesenkt, neue Einsatzmittel erlaubt und
26 Befugnisse erweitert. So wurden für die Polizei in Sachsen und Hamburg
27 Panzerfahrzeuge beschafft, in Würzen das SEK bei einer Demonstration zur
28 "Sicherung" eben dieser eingesetzt und in Bayern geplant, der Polizei den
29 Einsatz von Explosivwaffen wie Handgranaten deutlich zu vereinfachen. Diese
30 Militarisierung der Polizei lehnt die GRÜNE JUGEND Bayern ab, da sie in einen
31 Widerspruch zum Konzept einer bürger*innennahen Polizei darstellt. Zudem muss
32 eine Debatte darüber angestoßen werden, inwieweit das Tragen von Schusswaffen
33 durch Polizeibeamt*innen im öffentlichen Raum notwendig ist. In jedem Falle muss
34 die polizeiliche Ausbildung im Hinblick auf den Einsatz von Waffen verbessert
35 werden. In regelmäßigen Schulungen muss darauf hingewiesen werden, dass Waffen
36 nur in bestimmten Situationen und in einem vernünftigen Maße eingesetzt werden
37 dürfen.

38 Gerade auf Demonstrationen wird zurzeit oft Pfefferspray durch die Polizei
39 eingesetzt, teilweise mit einer extrem niedrigen Einsatzschwelle. Dieses
40 Einsatzmittel fügt den Opfern nicht nur immense Schmerzen zu, sondern kann unter
41 Umständen auch tödlich enden. Deswegen ist Pfefferspray im Genfer Protokoll als
42 Kampfstoff international geächtet. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert ein Verbot
43 von Pfefferspray im Polizeieinsatz. Ebenso lehnen wir die Einführung von

44 Elektroschockwaffen, sogenannten Teasern, für die Polizei ab, da die
45 Hemmschwelle, diese auch in Situationen einzusetzen, in denen ein Einsatz
46 eigentlich nicht geboten wäre, äußerst gering ist. Auch Teaser können den
47 Betroffenen schwere und sogar tödliche Verletzungen zufügen.

48
49 Ebenfalls lehnt die GRÜNE JUGEND Bayern das Tragen von schlagverstärkenden
50 Handschuhen, sogenannten Quarzhandschuhen ab und setzt sich dafür ein, dass
51 Schutzbewaffnung nur dann angelegt, wenn die Einsatzsituation es unbedingt
52 erfordert.

53 Wir lehnen darüber hinaus die Aufrüstung von Sicherheits- und
54 Ordnungsdienstmitarbeiter*innen ab und fordern deren Abrüstung, denn das
55 Gewaltmonopol muss beim Staat liegen. Die GRÜNE JUGEND Bayern verurteilt die
56 derzeitige massive Aufstockung von Schlagstöcken, denn sie fördern die unnötige
57 Gefahr von schweren Verletzungen und Tötungen bei alltäglichen Einsätzen. Es
58 müssen zudem Abgabestellen geschaffen werden, bei denen private Waffen
59 unkompliziert und straffrei abgegeben werden können. So reduzieren wir den
60 Gesamtbestand an Waffen in der Bevölkerung.

61 USK auflösen!

62 Insbesondere bei Großlagen wie Demonstrationen oder Fußballspielen wird in
63 Bayern das Unterstützungskommando der Bereitschaftspolizei eingesetzt. Dieses
64 ist eine Spezialeinheit, die oft auch als Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit
65 eingesetzt wird. Angehörige des USK sind in den vergangenen Jahren vor allem
66 gegenüber linken Demonstrant*innen immer wieder extrem gewalttätig aufgetreten.
67 Eine Verfolgung von Straftaten dieser Polizeibeamt*innen scheitert regelmäßig am
68 Corpsgeist in den Einheiten. Zudem konnte immer wieder eine gefährliche Nähe von
69 Mitgliedern des USK zu rechtsextremen Positionen und Gruppierungen festgestellt
70 werden. Die Probleme des USK sind strukturell bedingt und können auch nicht
71 durch bessere Ausbildung oder Schulungen behoben werden. Eine solche Einheit hat
72 bei einer bürger*innennahen Polizei nichts verloren. Die GRÜNE JUGEND Bayern
73 fordert deswegen die Auflösung des USK. Aufgaben des USK sollen in Zukunft auf
74 andere geeignete bestehende Polizeieinheiten übertragen werden.

75
76 Folgende Aufgaben des USK sollen in Zukunft Kompetenz des SEK sein:

- 77 • Fahndung und Festnahme gefährlicher Straftäter einschließlich des Stürmens
78 von Gebäuden zu diesem Zwecke
- 79 • Die Bekämpfung der OK und der Schwerekriminalität
- 80 • Der Gefangenentransport, etwa wenn mit einer Gefangenenbefreiung zu
81 rechnen ist
- 82 • Dem Notzugriff bei Geiselnahmen und Amoklagen
- 83 • Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit

84 Hierfür soll das bestehende SEK aufgestockt werden.

85
86 Der Einsatz bei Sonderlagen, insbesondere bei Demonstrationen und schweren
87 Ausschreitungen soll zukünftig auf die reguläre Polizei übergehen und nicht mehr
88 Aufgabe des USK sein.

89 PAG-Novellen rückgängig machen!

90 Die schon bestehenden Befugnisse der bayerischen Polizei sollen mit der zweiten
91 Novelle des Polizeiaufgabengesetzes (PAG) innerhalb eines Jahres massiv
92 ausgeweitet werden. Schon mit der PAG-Novelle im Juli 2017 wurde mit der
93 Einführung des Begriffs der "drohenden Gefahr" die Grundlage für präventive
94 polizeiliche Maßnahmen allein aufgrund der Gesinnung der Betroffenen geschaffen.
95 Diese neue polizeirechtliche Kategorie ermöglicht eine starke Absenkung der
96 Schwelle für massive Eingriffe der Polizei in Grund- und Bürger*innenrecht.
97 Beispielsweise können Menschen seit Juli 2017 quasi unbegrenzt präventiv in Haft
98 genommen werden. Problematisch ist dabei insbesondere der präventive Charakter
99 der Befugnisse. Wir wollen keinen "Prepolicing"-Staat, in dem die Polizei
100 schlimmstenfalls auf der Basis von Statistiken Grundrechtseingriffe vornehmen
101 kann. Die GRÜNE JUGEND Bayern lehnt die Kategorie der drohenden Gefahr deswegen
102 ab und setzt sich für die Abschaffung der PAG-Novelle von 2017 ein. Darauf
103 aufbauend wird zurzeit an der zweiten Novelle des PAG gearbeitet, die am 25. Mai
104 2018 in Kraft treten soll. Im Zuge dessen möchte die CSU die Polizei mit
105 Geheimdienstbefugnissen und weiteren Kompetenzen ausstatten: beispielsweise soll
106 die Polizei Menschen ohne richterliche Vorkontrolle zur Abgabe von DNA-Proben
107 zwingen können oder Handgranaten mit niedriger Einsatzschwelle einsetzen dürfen.
108 Zudem soll bei Videoüberwachung automatische Gesichtserkennung eingeführt
109 werden. Demonstrationen sollen anlasslos videoüberwacht werden dürfen - auch mit
110 Drohnen. Damit würde das Demonstrationsrecht faktisch eingeschränkt. Die Polizei
111 könnte ohne den konkreten Verdacht auf eine Straftat Briefe öffnen,
112 elektronische Daten der Betroffenen auslesen und sogar verändern. Das bestehende
113 Auskunftsverweigerungsrecht bestimmter Berufsgruppen wie Journalist*innen soll
114 drastisch eingeschränkt werden. Solcherlei Befugnisse für die Polizei und
115 Überwachungsmaßnahmen lehnen wir entschieden ab. Wir wollen eine freie
116 Gesellschaft, die Wahrung der Grundrechte und keinen Überwachungsstaat! Die
117 GRÜNE JUGEND Bayern fordert den bayerischen Landtag auf, dieses Gesetz nicht zu
118 beschließen und die aktuelle polizeiliche Gesetzgebung zu überprüfen und
119 gegebenenfalls zu überarbeiten, um eine bürger*innennahe Polizei zu schaffen.
120 Sollte der Landtag das Gesetz wie zu erwarten verabschieben, werden wir uns
121 dafür einsetzen, dass es sobald wie möglich rückgängig gemacht wird und Klagen
122 gegen das Gesetz nach Möglichkeit unterstützen.

123 Verbot von Racial Profiling ins PAG!

124 Trotz der gerichtlich festgestellten Rechtswidrigkeit solcher Maßnahmen wird
125 auch in Bayern immer noch Racial Profiling angewandt. Dabei kontrolliert die
126 Polizei gezielt nicht-weiße Menschen allein aufgrund ihres Aussehens oder ihrer
127 angenommenen Herkunft.
128 Darüber hinaus werden solche Kontrolle auch bei Menschen durchgeführt, deren
129 äußere Erscheinung nicht den gesellschaftlich tradierten Normen entspricht.
130 Diese Vorgehensweise muss umgehend enden! Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher,
131 ein Verbot von Racial Profiling explizit ins Polizeiaufgabengesetz aufzunehmen
132 und Zuwiderhandlungen zu verfolgen. Außerdem müssen Polizeibeamt*innen dafür
133 sensibilisiert werden, welche Verhaltensweisen rassistisch und deswegen zu
134 unterlassen sind. Dafür sollen regelmäßige verpflichtende Reflektionsrunden
135 stattfinden, in denen analysiert wird ob das Verhalten, egal ob absichtlich oder
136 nicht, durch Vorurteile geprägt ist. Zudem sollten verdachtsunabhängige
137 Kontrollen wie die sogenannte Schleierfahndung nur noch in einem sehr eng
138 gesteckten Rahmen bei Hinweisen auf eine konkrete Gefahr in einem begrenzten

139 Gebiet zulässig sein. Die Ausweisung großräumiger "Gefahrengebiete" lehnt die
140 GRÜNE JUGEND Bayern ab.

141 Grenzkontrollen an den bayerischen Außengrenzen lehnt die GRÜNE JUGEND Bayern
142 ebenso wie die Einführung einer bayerischen Grenzpolizei ab, da der Grenzschutz
143 - wie auch in Art. 73 des GG geregelt- Bundessache und eine solche bayrische
144 Grenzpolizei somit verfassungswidrig ist. Ebenso lehnt die GRÜNE JUGEND Bayern
145 Einsätze der Bundeswehr im Inneren ab.

146 Für sachliche und politisch neutrale polizeiliche Öffentlichkeitsarbeit!

147 Mit Sorge betrachtet die GRÜNE JUGEND Bayern die Entwicklung der polizeilichen
148 Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere im Zusammenhang mit den sozialen Medien.
149 Mittlerweile entsteht immer öfter der Anschein, dass die Polizei als politische
150 Akteurin auftreten möchte. Dabei kommt die Polizei nicht nur den ihr gegebenen
151 Informationspflichten gegenüber der Bevölkerung nach, sondern nimmt zusätzlich
152 eine politische oder vorschnelle rechtliche Einordnung vor. Dies ist bei
153 Aussagen, die Polizist*innen vom Vorwurf jeglichen Fehlverhaltens freisprechen,
154 bevor überhaupt interne Ermittlungen und Aufklärung stattgefunden haben,
155 beispielsweise beim Vorwurf der Polizeigewalt, ebenso zu beobachten, wie beim
156 Umgang mit linken Demonstrationen und nicht-deutschen Menschen. Zum Teil werden
157 dabei auch stigmatisierende und diskriminierende Begriffe wie "Nafri" verwendet
158 oder - wie zum Beispiel bei der Räumung des Hausprojekts Friedel 54 in Berlin -
159 vorschnell Behauptungen aufgestellt, die sich später als falsch erweisen, zuvor
160 aber von vielen Medien und Beobachter*innen übernommen und verbreitet werden.
161 Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deswegen die Polizei zu einem defensiven und
162 verantwortungsbewussten Umgang mit den sozialen Medien auf, der zudem keine
163 politische Bewertung miteinschließt! Es dürfen unter keinen Umständen
164 diskriminierende Äußerungen von offiziellen Plattformen der Polizei getätigt
165 oder Informationen als Tatsachen verbreitet werden, bevor diese gerichtsfest
166 gesichert sind. Auch stellen wir uns klar dagegen, dass Polizeibehörden und
167 einzelne Parteien eine gesellschaftliche Stimmung schüren, die jegliche Kritik
168 an Polizeiarbeit verbietet und Sicherheitsbehörden als unfehlbar geriert.

169 Für ein Versammlungsfreiheitsgesetz statt der Verschärfung des
170 Versammlungsrechts!

171 Zuletzt wurde die Demonstrationsfreiheit durch die Verschärfung der §§ 113 bis
172 115, 125 und 323c StGB, mit denen durch massive Strafandrohung für
173 Bagatelldelikte einen besseren Schutz für Einsatzkräfte bewirkt werden sollte,
174 im Frühjahr 2017 spürbar eingeschränkt. Im Nachgang der G20-Proteste wurde von
175 den Unions-Innenminister*innen dann gefordert, den Straftatbestand des
176 Landfriedensbruchs derart zu ändern, dass man bereits belangt werden könnte,
177 wenn man sich an einer Demo nur beteiligt, aus der beispielsweise ein Stein
178 geworfen wird. Das würde defacto einer Abschaffung der Versammlungsfreiheit
179 gleichkommen. Die GRÜNE JUGEND Bayern verurteilt diese Versuche der
180 Einschränkung von elementaren Grundrechten der Demokratie! Die Verschärfung der
181 §§ 113 bis 155, 125 und 323c StGB muss rückgängig gemacht werden. Weitere
182 Gesetzesverschärfungen, die sich negativ auf die Versammlungsfreiheit auswirken,
183 lehnen wir entschieden ab. Stattdessen fordern wir ein
184 Versammlungsfreiheitsgesetz, das die Durchführung von Demonstrationen und
185 Versammlungen erleichtert. Wir wollen den zurzeitigen Straftatbestand der
186 Vermummung bei Demonstrationen auf eine Ordnungswidrigkeit zurückstufen, um der

187 Polizei einen Ermessensspielraum bei der Verfolgung zu geben. Das Verbot,
188 Vermummungsgegenstände auf Demonstrationen lediglich mitzuführen muss aufgehoben
189 werden. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert darüber hinaus ein Verbot des Einsatzes
190 von Wasserwerfern bei Temperaturen unter 0 °C. Bei der Ausbildung der Polizei
191 sollte in Bezug auf Versammlungen und Großereignissen wie Fußballspiele das
192 Hauptaugenmerk auf Deeskalation liegen. Polizeiliche Einsatzkonzepte, die von
193 vornherein darauf ausgelegt sind, Demonstrationen nicht laufen zu lassen, lehnt
194 die GRÜNE JUGEND Bayern entschieden ab!

195 Kein Missbrauch technischer Möglichkeiten!

196 Im Januar lief das Modellprojekt zur Videoüberwachung mit automatischer
197 Gesichtserkennung am Berliner Südkreuz aus. Nun soll das Projekt um weitere
198 sechs Monate verlängert werden. In diesem Test soll die Software aus Bildern von
199 Menschen diese wiedererkennen, falls sie sich im Bereich des Bahnhofs aufhalten.
200 Auch in Bayern soll die automatische Gesichtserkennung mit der Videoüberwachung
201 kombiniert werden. Wir sehen darin einen schwerwiegenden Eingriff in die
202 Grundrechte aller Bürger*innen, denn auch die Gesichter von nicht gesuchten
203 Personen werden gescannt. Dadurch lassen sich theoretisch Bewegungsprofile für
204 alle Menschen, die sich im öffentlichen Raum bewegen, erstellen. Zudem ist die
205 Zahl "falscher Treffer" erschreckend hoch: es werden überwiegend Menschen als
206 gesucht identifiziert, die es gar nicht sind. Die GRÜNE JUGEND Bayern lehnt
207 deswegen anlasslose Videoüberwachung ab und fordert ein Verbot der Nutzung von
208 Software zur automatischen Gesichtserkennung und zur Analyse von Videomaterial.
209 Videoüberwachung sorgt lediglich für eine "gefühlte" Sicherheit und kann für die
210 Aufklärung von Straftaten unterstützend wirken, hilft aber nicht bei deren
211 Verhinderung. Darüber hinaus lehnt die GRÜNE JUGEND Bayern auch jede Art von
212 Vorratsdatenspeicherung ab. Vorratsdatenspeicherung stellt einen enormen
213 Eingriff in die Privatsphäre unbescholtener Bürger*innen dar. Trotz Löschfristen
214 kann nie sichergestellt sein, ob die Daten wirklich gelöscht wurden oder ob sie
215 vorher nicht kopiert wurden.

216 Sicherheitslücken gehören geschlossen!

217 Immer wieder kommt es zu Leaks sogenannter Hacking-Werkzeuge verschiedener
218 Geheimdienste. Bei diesen Hacking-Werkzeugen handelt es sich meist um gesammelte
219 Sicherheitslücken, die dann für Staatstrojaner und die Infiltration von IT-
220 Systemen genutzt werden. Niemand kann garantieren, dass diese Schwachstellen
221 nicht irgendwann bekannt gemacht werden und für kriminelle Zwecke genutzt
222 werden. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert, dass staatliche Stellen
223 Sicherheitslücken schließen und nicht missbrauchen. Für die Verfolgung Einzelner
224 darf nicht die Datensicherheit Vieler in Gefahr gebracht werden. Software wird
225 immer Schwachstellen haben, umso wichtiger ist es, dass jede bekannte
226 Sicherheitslücke geschlossen wird. Deshalb fordern wir als GRÜNE JUGEND Bayern
227 eine sofortige polizeiliche Meldepflicht für Sicherheitslücken, sowie eine
228 Veröffentlichung besagter Sicherheitslücke nach Verstreichen einer angemessenen
229 Pflicht sowie eine Veröffentlichung besagter Sicherheitslücken nach Verstreichen
230 einer angemessenen Frist.

231 Für Datensouveränität - gegen Staatstrojaner!

232 Mit Staatstrojanern versuchen Sicherheitsbehörden, digitale Geräte auszuspähen.
233 Die neuesten Trojaner können beispielsweise Screenshots von Chatverläufen machen
234 und somit die Ende-zu-Ende-Verschlüsselung von verschlüsselten Messenger-

235 Diensten umgehen. Betroffene erfahren - wenn überhaupt - erst lange nach der
236 Maßnahme davon. Für die GRÜNE JUGEND Bayern gehen diese Eingriffe in die
237 Privatsphäre entschieden zu weit! Wir treten für Datensouveränität und den
238 Schutz privater Kommunikation ein. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deswegen das
239 Ende des Einsatzes von Staatstrojanern und allgemein der staatlichen, heimlichen
240 Online-Durchsuchung.

Begründung

Erfolgt mündlich.